

| | | | |
|--|--|---|--|
| Seite 1 Investitionen in die Köpfe | Seite 2 Die Schuldenbremse als Bildungsbremse | Seite 3 „Generation Exzellenz“ Noch mehr Wirtschaft in die Schule? | Seite 4 Wirtschaftswissenschaften und Krise |
| Seite 5 Überfällig – Promotion mit Fachhochschulabschluss Wege zur Promotion | Seite 6 Kinder an die Uni! | Seite 7 Bachelor unter Druck? Wenn der Bachelor auf die Nerven geht | Seite 8 Die Studierenden-GEWerschaft GEW Seminare für Studentinnen und Studenten |

Für eine Zukunft ohne Fast-Food-Bildung und McHumboldt

Investitionen in die Köpfe

„Dir gehört die Zukunft!“ Damit es eine gute, sichere und lebenswerte Zukunft für alle wird, muss sich im Hochschulwesen vieles zum Besseren wenden und die Politik muss jetzt die Prioritäten ändern, um die bestehende Schieflage nicht noch weiter zu verschärfen. Investitionen in die Köpfe sind gefragt! Nicht Bildungs- und Sozialkollaps, Ent-Demokratisierung und Elitenbildung.

Es strapaziert die Fantasie eines jeden gesunden Menschenverstandes, wie das schwarzgelbe Sparpaket und der „Vorrang für Bildung“ unter einen Hut gebracht werden sollen. Das Bekenntnis der Bundesregierung, das 10-Prozent-Ziel für Bildungs- und Forschungsausgaben einhalten zu wollen, ist gut und schön. Zweifel sind hier angebracht: Denn dieses

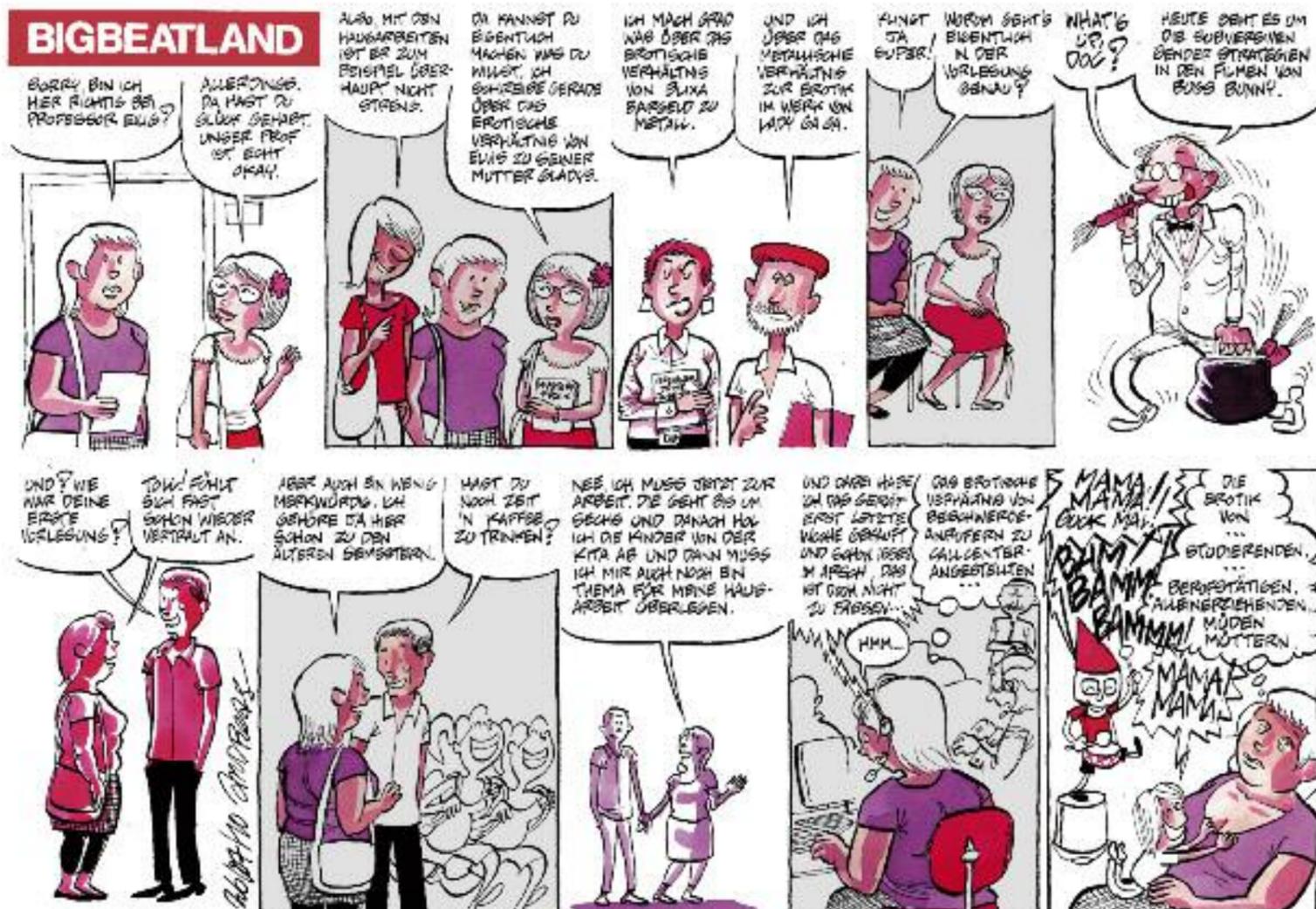
Ziel sollen größtenteils die Länder finanzieren. Ihnen macht der Bund nicht nur Vorgaben bezüglich ihrer (zum Teil weg brechenden) Steuereinnahmen, sondern er erlegt ihnen zugleich ab 2020 ein Kreditfinanzierungsverbot auf. Das Bekenntnis des Bundes, insgesamt mehr Geld (immerhin 12 Milliarden Euro in drei Jahren) in Bildung und Forschung stecken zu wollen, ist anzuerkennen. Mehr als fragwürdig sind aber die angestrebten Förderschwerpunkte: statt Bildungskonten einzurichten, Fernbleib-Gratifikationen (genannt Betreuungsgeld) oder Begabten-Stipendien über das nationale Stipendienprogramm zu finanzieren, braucht es – und da sind sich alle Bildungsexpertinnen und Bildungsexperten einig – jetzt vor allem einen umfangreichen Ausbau frühkindlicher Bildung, ein weiteres Ganztagschulprogramm, eine

starke staatliche Studienfinanzierung, einen Hochschulpakt III und eine Abschaffung der Bildungsgebühren. Stattdessen ist die Politik dabei, die Hochschulen an den freien Markt zu verscherbeln. Dominierendes Leitbild ist dabei ein wirtschaftsnahes Verständnis einer „deregulierten“, „entfesselten“ und „unternehmerischen“ Hochschule. Privatwirtschaftliche Steuerungsmodelle haben aber nicht soziale Aufstiegschancen oder Bildungsgerechtigkeit im Sinn, sondern Studierende werden zu „Kunden“ und Uni-Beschäftigte zu „Kostenfaktoren“. Eliteunis, autokratische Leitungsstrukturen, verschulte und verdichtete Kurzzeitstudiengänge prägen in dieser Vision den Alltag an deutschen Hochschulen. Deswegen fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und seine Mitgliedsgewerkschaften öf-



fentliche Investitionen in die Köpfe und in öffentliche Universitäten. Wir plädieren für das alternative Leitbild „Demokratische und soziale Hochschule“ mit klaren Eckpunkten: Wir wollen Wissen demokratisieren, Hochschulen sozial öffnen, d.h. Arbeiterkinder an die Hochschulen bringen, Qualität von Forschung und Lehre entwickeln sowie Studien- und Arbeitsbedingungen verbessern. Wir fordern bessere Uni-Ausstattung und die Verbesserung des Betreuungsverhältnisses zwischen Studierenden

und Lehrenden. Wir fordern die Abschaffung des Numerus Clausus und der Bildungsgebühren. Die Barrieren beim Übergang zwischen beruflicher Bildung und Hochschule müssen beseitigt werden. Es braucht anrechenbare Kenntnisse und Fertigkeiten, mehr berufs begleitende Studiengänge, Absicherung durch ein reformiertes BAföG, das zu einem elternunabhängigen Studienhonorar für alle Studierenden weiterzuentwickeln ist und eine dynamische Anpassung der BAföG-Fördersätze an die Einkommensentwicklung und die Lebenshaltungskosten.



Herbstaktionen des DGB gegen soziale Schieflage
Gemeinsam kämpfen die Gewerkschaften für mehr soziale Gerechtigkeit bei der Krisenbewältigung und beim Sparpaket. Klammere Kommunen, die Rente mit 67, Leiharbeit, Lohnsubvention durch Hartz IV oder auch die unsoziale Kopfpauschale zeigen, wie ungerecht es in Deutschland heute zugeht. Wir brauchen endlich Mindestlöhne, die Eindämmung der Leiharbeit und des Niedriglohnssektors. Wir brauchen jetzt die Einführung der Finanztransaktionssteuer und eine angemessene Beteiligung der Reichen und Vermögenden an der Finanzierung unseres Staates. Seit September finden im ganzen Bundesgebiet von Kiel bis München und von Hannover bis Dresden dezentrale Aktionen statt, die ihren Schwerpunkt in den Betrieben und Verwaltungen haben.

Weitere Infos:
Weitere Infos zum Thema Bildung und zu den derzeit stattfindenden Herbstaktionen: www.dgb.de

Michael Sommer
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Sparschweinereien

Die Schuldenbremse als Bildungsbremse

Geringe Bildungsausgaben sind auch die Folge einer verfehlten Steuerpolitik. Die sogenannte Schuldenbremse wird die Situation ab 2011 weiter verschärfen. So erklären sich auch die erheblichen Sparmaßnahmen der ersten Landesregierungen und die Debatte um die BAföG-Erhöhung.

Seit Jahren wird in öffentlichen Debatten eine Steigerung der Bildungsausgaben in Deutschland angemahnt. Während im OECD-Durchschnitt 5,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung aufgewendet werden, sind es in Deutschland gerade einmal 4,8 Prozent. Besonders die öffentlichen Bil-

dungsausgaben sind in Deutschland mit 4,1 Prozent des BIP (ggü. 4,9 Prozent im OECD-Schnitt) unterdurchschnittlich. Die Bundesregierung hat sich nun auf ihren Bildungsgipfeln vorgenommen, die Bildungsausgaben auf sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigern zu wollen. Angesichts der Politik der vergangenen Jahre ist jedoch bereits heute klar, dass dieses Ziel scheitern wird – die Finanzministerien beginnen bereits jetzt, die Zahl schönzurechnen, indem etwa Ausgaben für das Kindergeld als Teil der Bildungsausgaben berücksichtigt werden sollen.

Steuersenkungen ...

Seit Jahren werden in Deutschland die Steuern gesenkt; der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer betrug zu Beginn der rot-grünen Bundesregierung 53 Prozent, heute sind es 42 Prozent. Die Körperschaftsteuer, sozusagen die Einkommensteuer für Unternehmen, betrug 1998 noch 40 Prozent, heute sind es noch 15 Prozent. Zuletzt hat die schwarz-gelbe Regierung die Mehrwertsteuersätze für Übernachtungsdienstleistungen gesenkt und damit die Hotelbetriebe beschenkt. Erhöht wurde lediglich der reguläre Mehrwertsteuersatz durch die Große Koalition, was die breite Masse der Bevölkerung belastet. Insgesamt führen diese Reformen nach Berechnungen des Ökonomen Achim Truger seit 1998 zu jährlichen Steuermindereinnahmen von bis zu 20 Mrd. Euro. Zudem verzichtet Deutschland seit Jahren auf die Erhebung einer Vermögenssteuer, auch die Erbschafts- und Schenkungssteuer kann als eher niedrig angesehen werden. Kein Wunder also, dass der Staat zunehmend gezwungen ist, die Einnahmeausfälle durch Kreditaufnahme zu kompensieren, zumal die Kosten zur Rettung der Banken und für die Konjunkturpakete im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise ebenfalls finanziert werden müssen. Die steigende Staatsverschuldung ist die logische Konsequenz der Steuersenkungsorgien der Regierungen Schröder und Merkel. Diese Staatsverschuldung lässt sich grundsätzlich in zwei Richtungen eindämmen: Durch eine Steigerung der Staatseinnahmen (Steuererhöhungen, Neuverschuldung) und durch eine Kürzung der Staatsausgaben. Politisch gewollt ist ein schlanker Staat, über die Schuldenbremse wird daher der Weg einer weiteren Neuverschuldung erschwert, Steuererhöhungen spielen zudem keine Rolle.

... und Schuldenbremse ab 2011

Die mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse sieht vor, dass die Länder ab 2020 keinerlei Schulden mehr machen dürfen, es sei denn, die Konjunktur

weicht von der „Normallage“ ab. Der Bund darf ab 2016 nur noch 0,35 Prozent des BIP als sogenannte strukturelle Neuverschuldung aufnehmen. Was noch weit weg scheint, beginnt bereits in wenigen Monaten. Da einige Länder von vorneherein angegeben haben, das Ziel der strukturellen Nullverschuldung nicht aus eigener Kraft erreichen zu können, stehen fünf Bundesländern Konsolidierungshilfen zu. Diese werden jedoch nur dann genehmigt, wenn es den Ländern gelingt, ab 2011 bis 2019 jährlich zehn Prozent ihres strukturellen Defizits abzubauen. Auch der Bund soll sein strukturelles Defizit ab 2011 gleichmäßig zurückfahren – ein entsprechendes Sparpaket (etwa: Streichung des Elterngeldes für Hartz-IV-Empfänger) hat das Kabinett bereits beschlossen. Auf einen Beschluss, der die Spitzenverdiener und Vermögenden angemessen an den Kosten staatlicher Aufgaben beteiligt, wartet man hingegen vergebens.

Die Länder stehen mit dem Rücken zur Wand

Besonders dramatisch ist die Lage für die Bundesländer, insbesondere für die Länder, die auf Konsolidierungshilfen angewiesen sind (Berlin, Bremen, das Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein). Die Länder können ihre Einnahmen kaum selbständig erhöhen, da die wesentlichen Einnahmequellen die Gemeinschaftssteuern – Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Mehrwertsteuer – sind. Diese können jedoch nur vom Bundestag unter Zustimmung des Bundesrats erhöht werden. Gleichzeitig sind ein erheblicher Teil der Ausgaben entweder langfristig gebunden (insbesondere Personalausgaben) oder gesetzlich zwingend (bspw. der Länderanteil des BAföG). Die tatsächlichen Einsparmöglichkeiten der Länder sind demnach recht begrenzt – und finden sich beispielsweise im Bereich der Hoch-

schulsausgaben. So hat das Land Hessen den Hochschulen jährlich 30 Millionen Euro gekürzt, gleichzeitig aber die Anschubfinanzierung einer privaten Hochschule von fast 25 Mio. Euro genehmigt. Das Land Schleswig-Holstein will u.a. die wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge in Flensburg und die Medizin in Lübeck schließen, manche sehen dadurch die Universität Lübeck insgesamt in Gefahr. Auch bei den – ohnehin geringen – geplanten Erhöhungen des BAföG stellen sich die Länder quer: Der Bundesrat überwies diese Entscheidung an den Vermittlungsausschuss mit der Forderung, der Bund möge die Kosten der BAföG-Erhöhung komplett tragen. Nach derzeitigen Regelungen müssten die Länder 35 Prozent dieser Kosten übernehmen. In den mittelfristigen Finanzplanungen sehen die Länder zudem einen Personalabbau im großen Umfang vor – auch dies wird zu Lasten öffentlicher Leistungen und der Bildung gehen. Wie angesichts dieser Situation das Ziel der Erhöhung von öffentlichen Bildungsausgaben erreicht werden soll, bleibt das Geheimnis der Bundesregierung. Die Schuldenbremse einerseits und die fehlenden Steuereinnahmen andererseits entwickeln sich mehr und mehr zu einer Bildungsbremse, „[...] Bildung wird damit zwangsläufig zum Sparschwein der Nation“ (Wolfgang Renzsch in der FAZ vom 24.06.2010). Dies wird sich nur dann ändern lassen, wenn die Staatseinnahmen erheblich erhöht werden, indem die Steuern für Besserverdienende und Vermögende sowie Unternehmen massiv angehoben werden. Gleichzeitig muss die Schuldenbremse abgeschafft werden. Nur so lässt sich ein funktionierendes Gemeinwesen – funktionierende Infrastruktur, ausgebautes Sozialsystem, umfassendes öffentliches Bildungssystem – finanzieren.

Klemens Himpele, Referent im GEW-Vorstandsbereich Hochschule und Forschung



Mehr Geld für bessere Bildung

WissenschaftlerInnen fordern Reform der Karrierewege

„Generation Exzellenz“

Hochschulen und Forschungseinrichtungen verlangen immer mehr von WissenschaftlerInnen. Ihre Leistungen müssen nicht einfach nur gut, sondern „exzellent“ sein. Dem stehen häufig katastrophale Arbeitsbedingungen und Berufsperspektiven gegenüber. Dagegen setzt sich jetzt die „Generation Exzellenz“ zur Wehr – ausgehend von der GEW-Wissenschaftskonferenz „Traumjob Wissenschaft“, die vom 1. bis 4. September in Templin stattfand.

Junge WissenschaftlerInnen sind mit steigenden Anforderungen konfrontiert: Sie haben immer mehr Studierende auszubilden, die Bologna-Reformen umzusetzen und die Qualität der Lehre zu sichern. Sie haben Drittmittel für die Forschung einzuwerben, verwertbare Forschungsergebnisse nachzuweisen und den Wissenstransfer in Wirtschaft und Gesellschaft zu bewältigen. Zunehmend kommen Aufgaben im Wissenschaftsmanagement auf sie zu: Sie haben die wachsende Autonomie ihrer Einrichtungen zu gestalten und den effizienten Umgang mit knappen Ressourcen zu organisieren. Ihre Leistungen in Lehre, Forschung und Wissenschaftsmanagement

sollen überdies „exzellent“ sein. Dem hohen Anspruch an Exzellenz von Forschung und Lehre stehen häufig die katastrophale Verfälschung der Karrierewege und miese Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen von WissenschaftlerInnen gegenüber. Befristete Arbeitsverträge sind zur Regel geworden. Zusätzlich haben sie mit prekären Beschäftigungsverhältnissen zu kämpfen: Ein steigender Anteil der Lehre wird von scheinselfständigen Lehrbeauftragten erbracht, die keinen Arbeitsvertrag mit ihrer Hochschule haben, sondern als akademische TagelöhnerInnen stundenweise bezahlt werden – ohne Sozialversicherung, ohne Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, ohne Urlaubsanspruch. Die Karrierewege in Hochschule und Forschung sind lang und steinig. Mit Bachelor, Master und Doktorhut sind diese noch lange nicht beendet. Sogar erfahrene, promovierte WissenschaftlerInnen gelten als „wissenschaftlicher Nachwuchs“, dem selbstständige Forschung und Lehre, verlässliche Rahmenbedingungen und berechenbare Karriereperspektiven verwehrt werden. Auch deshalb steigen nach wie vor überdurchschnittlich viele Frauen vorzeitig aus der akademischen Karriere aus.

Sonderprogramme wie die Exzellenzinitiative oder der Hochschulpakt 2020 haben diese Probleme nicht gelöst, sondern verschärft. Zwar haben sich kurzfristig für viele HochschulabsolventInnen die Chancen für einen Einstieg in eine wissenschaftliche Laufbahn durch mehr befristete Beschäftigungsverhältnisse und Stipendien verbessert. Aber zu einem dauerhaften Ausbau der Hochschulen führen die Sonderprogramme nicht. Eine ganze Generation junger WissenschaftlerInnen wird mit dem Anspruch „Exzellenz“ in das Wissenschaftssystem gelockt: Exzellente wollen die Einrichtungen mit den neuen Fördergeldern werden, exzellente sollen die Leistungen sein, die von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erwartet werden. Doch exzellente Karriereperspektiven, Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen werden ihnen vorenthalten. Übergroße Ansprüche auf der einen Seite, mangelnde Perspektiven und Sicherheit auf der anderen Seite – mit diesem Zwiespalt ist die „Generation Exzellenz“ konfrontiert. Die Folgen bekommen Hochschulen und Studierende schon heute zu spüren. Hochschulen haben es in vielen Fachrichtungen und Regionen schwer, qualifizierte Fach-



kräfte zu gewinnen. Diese ziehen eine oft besser bezahlte und abgesicherte Beschäftigung in der Industrie oder im Ausland der unsicheren Laufbahn im deutschen Wissenschaftssystem vor. Und viele Studierende leiden unter dem Kommen und Gehen bei ihren DozentInnen. Wer betreut ihre Prüfungen und Hausarbeiten, wenn die Lehrbeauftragten mit dem Beginn der Semesterferien auf die Straße gesetzt werden? Wie kann die Kontinuität der Lehre gesichert werden, wenn wissenschaftliche MitarbeiterInnen nach dem Prinzip „hire and fire“ jährlich ausgewechselt werden?

Gute Forschung und Lehre und gute Arbeitsbedingungen und Karrierewege für die WissenschaftlerInnen sind zwei Seiten einer Medaille. Das ist die Quintessenz des „Templiner Manifests“, das TeilnehmerInnen der GEW-Wissenschaftskonferenz „Traumjob Wissenschaft“ vom 1. bis 4. September 2010 in Templin verabschiedet haben. Sie fordern eine Reform von Personalstruktur und Karriere-

wegen in Hochschule und Forschung – um sowohl die Bedingungen und Perspektiven der WissenschaftlerInnen als auch Arbeit der Hochschulen und die Studienbedingungen zu verbessern. Eckpunkte des Templiner Manifest sind eine bessere Absicherung und Strukturierung der Promotion, berechenbare Perspektiven für Postdocs, die Erfüllung der Daueraufgaben in Hochschulen und Forschung mit Dauerstellen, reguläre statt prekäre Beschäftigung, ein Recht auf Work-Life-Balance für alle und die Durchsetzung eines ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses.

Weitere Infos:

Weitere Informationen zum Templiner Manifest, das auch online unterzeichnet werden kann, finden sich im Internet unter: www.templiner-manifest.de.

Dr. Andreas Keller ist Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der GEW. Er ist dort für Hochschule und Forschung verantwortlich.

Das Fach „Politik und Wirtschaft“ und seine Leitbilder

Noch mehr Wirtschaft in die Schule?

„Bildungstiefkind Wirtschaft“ – „Den meisten Schülern fehlt jegliches ökonomisches Grundwissen“ – „Wirtschaft als Pflichtfach“.

Dies sind nur einige Beispiele für Schlagzeilen, die man seit Jahren immer wieder lesen kann, wenn es um die ökonomische Bildung in den allgemeinbildenden Schulen geht. In den dazu gehörigen Artikel liest man dann die nahezu gebetsmühlenartig vorgetragenen Forderungen unterschiedlicher Interessensverbände der deutschen Wirtschaft, angefangen beim Bundesverband der deutschen Arbeitgeberverbände, dem Bundesverband der Banken über die Bertelsmann-Stiftung bis hin zur Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft u.v.a.m., nach der Ausweitung der ökonomischen Bildung in der Schule durch die Einführung eines Unterrichtsfaches Wirtschaft. Dabei sind die Argumentationsmuster immer wieder dieselben: Man präsentiert eigens angefertigte Untersuchungen, die auf ein defizitäres ökonomisches Wissen der SchülerInnen hindeuten, unterstellt den unterrichtenden LehrerInnen unzulängliche Kenntnisse in Wirtschaftsfragen und ein mangelndes Interesse,

ökonomische Inhalte unterrichten zu wollen. Um die Forderungen zu unterstützen, werden Musterlehrpläne vorgestellt, die sich an der Systematik der neoliberalen Volkswirtschaftslehre orientieren. Ihre theoretische Basis bilden die ökonomische Verhaltenstheorie und das Modell des „homo oeconomicus“, die davon ausgehen, dass die Individuen ständig ihren Nutzen maximieren und sich dabei nur durch positive oder negative Anreize beeinflussen lassen. Ordnungspolitisch orientiert man sich an der sozialen Marktwirtschaft. Nach alternativen Ansätzen, die vielleicht helfen könnten, die Ursachen von Krisen zu erklären, sucht man in den Konzepten der LobbyistInnen eines Unterrichtsfaches Wirtschaft hingegen vergeblich. Die LehrerInnen für das neue Fach, so die Forderungen, sollen künftig an den wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichen ausgebildet werden. Die erhobenen Forderungen ignorieren die schulpolitische Realität, denn die Bundesländer weiten seit Jahren die ökonomische Bildung in Schulen aus. Zwar hat man bislang auf die Einführung des eigenständigen Faches „Wirtschaft“ verzichtet. Einige Bundesländer haben dafür aber ein neues Integrations-

fach („Politik und Wirtschaft“ o.ä.) etabliert, das die klassischen Fächer der politischen Bildung ablöst. Damit einher ging allerdings eine deutliche Kürzung der Inhalte der politischen Bildung.

Wirtschaft statt Politik

Eine genaue Analyse der Lehrpläne macht deutlich, dass der liberale Bourgeois zum Bürgerleitbild des neuen Faches Politik und Wirtschaft erhoben wurde: Dieser erwartet vom Staat, dass er den Freiraum seines wirtschaftlichen Handelns schützt. In erster Linie geht es in den Lehrplänen um die Funktionsweisen des Marktes, das Handeln der Wirtschaftssubjekte als Marktteilnehmer. Dem ökonomischen Mainstream folgend wird die Logik des freien Marktes nicht in Frage gestellt und die marktwirtschaftliche in der Gegenüberstellung zur demokratischen Ordnung mit dieser gleichgesetzt. Die genannten Institutionen betreiben zudem ökonomische Bildung innerhalb und außerhalb der Schulen: So wurde etwa der Fortbildungsbedarf für das neue Fach Politik und Wirtschaft im groß angelegten „Public-Private-Partnership“-Projekt „Ökonomische Bildung Online“ (ÖBO), das vom Oldenburger Institut für ökonomi-

sche Bildung, den Kultusministerien einiger Bundesländer und einigen der genannten Stiftungen getragen wurde, gedeckt und mehrere tausend Lehrerinnen und Lehrer fortgebildet. Darüber hinaus ist „die Wirtschaft“ schon lange in der Schule – aufgrund von Partnerschaften, im Rahmen von Projekttagen und Praktika. Unternehmen und Kammern veranstalten Wettbewerbe, stellen Gesprächspartner, unterstützen die Schulen im Rahmen der Arbeitskreise „Schule/Wirtschaft“ in ihren berufskundlichen Aktivitäten u.v.a.m..

Bourgeois als Bürgerleitbild?

Es gilt also nicht noch mehr ökonomische Bildung in der Schule zu etablieren, sondern diese anders zu akzentuieren. Ökonomische Bildung darf nicht zur Loyalitätssicherung gegenüber der wirtschaftlichen Ordnung beitragen. Sie sollte vielmehr eine Basis für die politische Willensbildung und gesellschaftliche Teilhabe bilden und sich am Leitbild des republikanischen Citizen orientieren. Dieser nimmt Poli-

itik und Wirtschaft nicht nur rezeptiv wahr, sondern begreift Politik als öffentliches Handeln und nimmt als aktiver Bürger am politischen Selbststeuerungsprozess der Gesellschaft teil.

Dr. Martina Tschirmer, lehrt am Seminar für Didaktik der Geschichte der Universität Frankfurt



„Homo oeconomicus“ als Bildungsideal

Neoliberaler Mainstream auch in Hochschulforschung und -lehre

Wirtschaftswissenschaften und Krise

Deutschland feiert einen gesamtwirtschaftlichen Aufschwung – das Bruttoinlandsprodukt legte im 2. Quartal 2010 wieder kräftig zu. Damit scheinen die Folgen der internationalen Finanzkrise zügig überwunden worden zu sein. Bei der Krisenbewältigung spielte die weltweite Abkehr von neoliberalen Paradigmen eine wichtige Rolle.

Nahezu alle großen Volkswirtschaften stützten die gesamtwirtschaftliche Nachfrage durch zusätzliche staatliche Ausgabenprogramme; der Keynesianismus schien eine Renaissance zu feiern. Auch in Deutschland wurden derartige Programme aufgelegt. Wenngleich sie in der Höhe und Entschlossenheit hinter den Programmen anderer Industrienationen zurück bleiben, so haben sie doch einen nennenswerten Beitrag zur Stabilisierung der Erwartungen geleistet.

Unstrittig haben die auf den neoklassischen Mainstream gerichteten Wirtschaftswissenschaften in Bezug auf die Krisenprognose versagt; ihre betriebswirtschaftlich verengte Betrachtungsweise einer Volkswirtschaft gehörte zu den Wegbereitern der Krise. In der Konsequenz konnten die neoklassisch fundierten Forschungen bei der Krisenbewältigung keine nennenswerte Rolle spielen. Auffallend ist indes, dass es auch nach dem faktischen Erfolg staatlicher Interventionsprogramme keineswegs zum flächendeckenden Umdenken in den Wirtschaftswissenschaften gekommen ist – dies gilt insbesondere in Deutschland. Den empirischen Erkenntnissen zum Trotz wird auf der akademischen Ebene wieder hörbar das neoliberale Credo gesummt. Hierbei schlägt auch zu Buche, dass in den letzten Jahren die Bedeutung der „Volkswirtschaftslehre“ insbesondere der makroökonomischen Forschung im universitären Leben deutlich zurück gedrängt wurde. Ressourcen wurden zugunsten betriebswirtschaftlicher und mikroökonomischer Forschung „umverteilt“. Auch an den wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten wurden makroökonomische Forschungsabteilungen eher zurückgefahren als gestärkt. ÖkonomenInnen, die andere Schulen als den neoliberalen Mainstream vertreten, haben es in Deutschland

nach wie vor schwer, eine akademische Laufbahn einzuschlagen. Damit lässt Deutschland Potentiale ungenutzt, die die gesellschaftswissenschaftliche Forschung und Innovation voranbringen könnten. Eine fatale Folge der wenig ausdifferenzierten Forschungs- und Beratungslandschaft zeigt sich bereits jetzt: Die Wirtschaftspolitik setzt in Deutschland bei der Zukunftsgestaltung binnenwirtschaftlich wie außenwirtschaftlich auf überkommene Lösungsstrategien. Die Umverteilung von unten nach oben wird ebenso wie die Idee des exportgetriebenen Wirtschaftswachstums weiter verfolgt. Dabei könnte eine dezidierte Analyse der Krisenursachen die Grundlage für eine andere Politik liefern. Derartige Forschungsergebnisse werden seit Jahren von der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik vorgestellt. Notwendig ist demnach eine nachhaltige Wirtschaftspolitik, die positive Impulse für den Binnenmarkt setzt und Bildung, ökologische Fragen und soziale Gerechtigkeit zu ihren Eckpfeilern macht. Finanziert werden kann sie durch eine aktive Steuerpolitik, die vor allem diejenigen heranzieht, deren Vermögen und Wirtschaftskraft durch die staatlichen Interventionen geschützt wurden: reiche Erben, BezieherInnen hoher Einkommen, Banken und Unternehmen. Es geht also um die Verteilung der Ressourcen – dies gilt auch für die Wirtschaftswissenschaften als akademische Disziplin.

Weitere Infos:

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2010): SONDERMEMORANDUM. Politik hat nichts gelernt – das Umverteilen von unten nach oben geht weiter. www.alternative-wirtschaftspolitik.de.

Mechthild Schrooten ist Professorin an der Hochschule Bremen.

„Auf der akademischen Ebene wird wieder hörbar das neoliberale Credo gesummt.“



Wer ist die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik?

Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik veröffentlicht seit 1977 jedes Jahr in der Woche vor dem 1. Mai ein MEMORANDUM für eine alternative Wirtschaftspolitik. Zusätzlich sind zahlreiche Stellungnahmen zu aktuellen wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Fragen erstellt worden.

In der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik arbeiten WirtschaftswissenschaftlerInnen sowie GewerkschafterInnen an der Entwicklung wirtschaftspolitischer Vorschläge und Perspektiven. Diese orientieren sich an:

- der Sicherung sinnvoller Arbeitsplätze
- der Verbesserung des Lebensstandards,
- dem Ausbau des Systems der sozialen Sicherheit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
- sowie wirksamer Umweltsicherung in Deutschland.

Hierin eingeschlossen ist die Kritik und Zurückweisung der Vorstellungen und Theorien, die Beschäftigung, Einkommen, Sozialeleistungen und Umweltschutz den Gewinnen der Privatwirtschaft nach- und unterordnen. Der einseitigen Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Kapitalinteresse setzt die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik ihre Kritik und Gegenposition entgegen.

Weitere Informationen:

www.alternative-wirtschaftspolitik.de

Dr. (FH) ist noch die Ausnahme

Überfällig – Promotion mit Fachhochschulabschluss

Nach wie vor sind es die Universitäten, die das alleinige Promotionsrecht besitzen. Das bedeutet, dass man an einer Fachhochschule – inzwischen vielfach durch den Begriff ‚Hochschule‘ bzw. ‚University of Applied Sciences‘ abgelöst – nicht promovieren kann.

Dazu muß sich die/der promotionswillige FachhochschulabsolventIn an einer Universität eine/n BetreuerIn suchen. Dies gestaltet sich bisweilen schwierig, da nicht alle Fächer, die es an Fachhochschulen gibt, auch an Universitäten vertreten sind. Hinzu kommt, dass je nach Promotionsordnung der Universität noch Seminare besucht oder Eigen-

feststellungsprüfungen absolviert werden müssen, um zur Promotion zugelassen zu werden. Nur selten werden FH-AbsolventInnen ohne Auflagen zugelassen.

Kein Rundum-Sorglos-Paket

Am 2. Juli 2010 veröffentlichte der Wissenschaftsrat (WR) seine „Empfehlungen zur Rolle der Fachhochschulen im Hochschulsystem“. Darin heißt es: „Der Wissenschaftsrat hält es für unbedingt erforderlich, dass geeigneten Absolventinnen und Absolventen von Fachhochschulen verlässliche Perspektiven zur Aufnahme einer Promotion eröffnet werden.“ Der Wissenschaftsrat schlägt dabei unter Beibehaltung des Promotionsrechtes der Universitäten vor, Koopera-

tionsplattformen zwischen ProfessorInnen der Universitäten und Fachhochschulen einzurichten und die Promovierenden gemeinsam und gleichberechtigt zu betreuen. Dadurch soll – so der Wissenschaftsrat – u. a. ermöglicht werden, dass Promotionen „stärker an den thematischen Bedürfnissen von Fachhochschulen orientiert sein“ können. „Auch die Einrichtung gemeinsamer Graduiertenschulen von Universitäten und Fachhochschulen ist ein geeignetes Instrument, um die Promotionsperspektiven von qualifizierten Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen zu verbessern und die Forschungsmöglichkeiten der Fachhochschulen zu erweitern“ heißt es weiter.

Bislang ist es vor allem der Initiative einzelner ProfessorInnen geschuldet, dass es einige wenige Kooperationen dieser Art gibt. Vereinzelt bieten Fachhochschulen auch Promotionskollegs an, in deren Rahmen Promovierende sich austauschen und weiterqualifizieren können, manchmal werden auch Stipendien vergeben. Dennoch handelt es sich hier nicht um ein Rundum-sorglos-Paket: Die Suche nach einem betreuenden Universitätsprofessor kann von Seiten der Fachhochschule zwar unterstützt werden, doch deren Gelingen hängt oft von einer Reihe recht unkalkulierbarer Faktoren ab.

Als dringend notwendig erscheint aus Sicht von Promovierenden in der GEW daher neben der Umset-

zung der Vorschläge des Wissenschaftsrates das Schaffen von mehr Transparenz beim Zugang zur Promotion von FH-AbsolventInnen. Es müssen außerdem Beratungsangebote für promotionsinteressierte FachhochschulabsolventInnen auf- und ausgebaut werden. Gleiches gilt für die Sicherstellung der Finanzierung, sei es durch geeignete Stellen oder Stipendien.

Weitere Infos:

Weitere Informationen und Hinweise zu Promotionsmöglichkeiten von FH-AbsolventInnen: http://www.gew.de/Promovieren_mit_Fachhochschulabschluss.html

Franziska Günauer,
GEW Projektgruppe DoktorandInnen

Promotion ist wissenschaftliche Berufsausübung

Wege zur Promotion

Was würde man unter „wissenschaftlichem Nachwuchs“ verstehen? Kann man sich promovieren überhaupt leisten? Woran muss man denken?

Wenn sich das Studium dem Ende zuneigt, die Diplom- oder die Masterarbeit und gegebenenfalls auch die Bachelorarbeit kurz vor der Fertigstellung steht, stellt sich die Frage, ob man im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nach dem Abschluss eine weitere Qualifikation anstreben möchte. Für diejenigen, denen eine Hochschullaufbahn vorschwebt, aber auch für eine Reihe anderer beruflicher Positionen, ist dies die Promotion. Die Wege hierzu können sehr unterschiedlich sein.

Aller Anfang ist schwer ... auch die Entscheidung zu promovieren

Wenn man die Möglichkeit einer Promotion in Erwägung zieht, sollte man sich im Klaren sein, warum man promovieren möchte und in diesem Zusammenhang auch überlegen, welche beruflichen Tätigkeiten danach in Frage kommen. Eine Promotion, nur weil gerade kein Job in Aussicht steht, ist dagegen nicht empfehlenswert, zumal eine höhere Qualifikation naturgemäß auch das Risiko beinhaltet, für mehr Stellen „überqualifiziert“ zu sein. Wenn man sich für eine Promotion entschieden hat, sind einige weitere Fragen zu beantworten. Darunter die wichtige Frage nach der Wahl der Betreuerin oder des Betreuers und, da derzeit nur Universitäten Promotionsrecht haben, auch der Universität, an der später

die fertige Arbeit eingereicht werden soll. Es sei darauf verwiesen, unbedingt vorab genau zu erkunden, welche Bedingungen das jeweilige Landeshochschulgesetz und insbesondere die Promotionsordnung der Hochschule oder des Fachbereichs/der Fakultät stellen, denn in diesen Ordnungen und Gesetzen sind die Voraussetzungen zur Promotion und zur Zulassung zum Promotionsverfahren ebenso geregelt wie der Ablauf des Promotionsverfahrens und die Anforderungen zur Veröffentlichung der fertigen Dissertation – hier gibt es riesige Unterschiede. Nicht zuletzt gilt es, ein Thema für die Promotion zu finden und über deren Finanzierung nachzudenken. Oftmals ist die Erstellung eines Exposé notwendig.

Geld ist nicht alles aber ...

Insbesondere die Art der Finanzierung ist ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal zwischen einigen Wegen zur Promotion. Der „klassische“ Weg, die Promotion auf einer Stelle an der Universität selbst, wird leider immer seltener – eher die Regel ist die Promotion auf einer befristeten Stelle, und oft ist dies keine ganze Stelle. In einigen Fällen wird man trotz Studienabschluss sogar nur als Hilfskraft angestellt. Es gilt, darauf zu achten, dass unabhängig davon welchen Weg der Finanzierung man wählt, genügend Zeit für die eigene Qualifikation zur Verfügung steht. Auch an Forschungseinrichtungen arbeiten eine Reihe von Doktorandinnen und Doktoranden. Vorteil einer Stelle ist, dass diese mit einer Sozialversicherung verbunden ist. Dies gilt auch für eine wei-

tere Variante, die Promotion parallel zu oder verbunden mit einer Tätigkeit in einem Wirtschaftsunternehmen. InhaberInnen einer Stelle an der Hochschule sind auch in die akademische Selbstverwaltung einbezogen.

Eine andere Finanzierungsart ist die über ein Stipendium. Dies setzt unter anderem voraus, vorab zu prüfen, welche der sehr unterschiedlichen Stipendienggeberinnen für das eigene Vorhaben in Frage kommen. Ein deutlicher Nachteil liegt darin, dass man sich in der Regel selbst um seine Krankenversicherung kümmern muss. Auch Renten- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge werden nicht geleistet. Letzteres kann zum Problem werden, wenn man nach der Promotion nicht sofort eine Stelle findet. Die GEW befürwortet daher die Promotion auf sozialversicherungspflichtigen Stellen. Nicht unerwähnt bleiben darf, dass es auch Promovierende gibt, die weder eine Stelle besitzen noch ein Stipendium erhalten. Die Finanzierung ist hier sehr unterschiedlich und reicht von den Eltern über das vielen vom Studium her bekannte Jobben bis hin zu „Hartz IV“. Die GEW fordert, dass alle Promovierenden unabhängig von ihrer Finanzierung wahlberechtigte Mitglieder der Hochschule im wissenschaftlichen Mittelbau werden.

Einzel oder gemeinsam – „frei“ oder verschult

Neben der Unterscheidung nach der Art der Finanzierung gibt es in den letzten Jahren zunehmend die Differenzierung zwischen sogenannten Einzelpromotionen und verschiedenen Formen „strukturierter Promovierens“. Zu letzteren zählen die zunehmend angebotenen „Promotionsstudiengänge“ ebenso wie institutionelle Formen wie Graduiertenschulen oder -kollegs. Kern der GEW-Positionen hierzu ist, dass die Promotion nicht eine zweite/dritte Phase des Studiums darstellt, sondern die erste Phase selbständiger beruflicher Tätigkeit. Fächerübergreifende Graduiertenzentren sollen alle Promovierenden bei der Aufnahme, Durchführung und dem erfolgreichen Abschluss des Promotionsvorhabens unterstützen. Eine bessere Strukturierung der Promotionsphase wird seitens der GEW zwar begrüßt, deren „Verschulung“ jedoch abgelehnt.

Wer ist Nachwuchs?

Zum „wissenschaftlichen Nachwuchs“ zählen oft alle wissenschaftlich Tätigen, die keine Professur innehaben. Das kann viele Jahre befristete Tätigkeit an der Hochschule mit sehr unsicheren Aussichten umfassen. Die GEW fordert stattdessen verlässliche Karriereperspektiven nach der Promotion sowie Dauerstellen überall dort, wo Aufgaben auf Dauer erfüllt werden müssen – nicht nur für Hochschullehrerinnen und -lehrer.

Torsten Steidten ist Diplom-Mathematiker, promoviert an der Fakultät für Maschinenbau der TU Chemnitz

Informationen zur Promotion unter:

www.promovieren.gew.de
Kontakt zur GEW-Projektgruppe DoktorandInnen siehe wissenschaft.gew.de/ProG_DoktorandInnen.html



Foto: fotolia

Initiative familienfreundliche Hochschule

Kinder an die Uni!

Der Seminarraum ist voll, die Luft stickig. Das Kind, das eine Studentin hinten im Kinderwagen geparkt hat, wird wach und schreit. Erschrocken eilt sie mit der Kleinen raus. Sie ist ja dankbar, dass der Professor ihr ausnahmsweise erlaubt hat, ihr Kind mitzubringen. Heute konnte ihre Nachbarin, eine freundliche Rentnerin, nicht auf ihr Kind aufpassen, und zuhause bleiben will sie auch nicht. Nicht, weil sie jede Stunde für unverzichtbar hielt. Sie kann sich sowieso nicht konzentrieren, in der ständigen Angst, ihre fünfmonatige Tochter könnte aufwachen und schreien. Aber sie muss ja ihre Unterschrift auf der Anwesenheitsliste hinterlassen.

Sieben Prozent aller Studierenden haben ein Kind, das sind hochgerechnet rund 125.000 an den deutschen Hochschulen. Im Osten trauen sich immer noch mehr junge Menschen zu, Kind und Studium unter einen Hut zu bekommen. Sind es die Nachwirkungen eines anderen biografischen Musters in der DDR, wo studierende junge Frauen ihre berufliche Karriere schon mit Kind begonnen hatten? Oder liegt es daran, dass es dort mehr Kitas an den Hochschulen und bezahlbaren Wohnraum für studentische Eltern gibt? Das Deutsche Studentenwerk hat seine Sozialerhebung daraufhin ausgewertet und kommt zu keiner eindeutigen Antwort. Fast 80 Prozent aller kinderlosen

Studierenden und Hochschulmitarbeiter und -mitarbeiterinnen wünschen sich ein Kind, hat das CHE festgestellt. Die Gründe, diesen Wunsch nicht zu realisieren, liegen auf der Hand: Kind oder Karriere? Wer sich entscheidet, beides gleichzeitig in Angriff zu nehmen, beweist Mut.

Kinder- und familienfreundliche Hochschule?

Bei diesem Thema lässt sich niemand lumpen. Da wird jede Stiftung aktiv, die in der Hochschulpolitik mitreden will. Das CHE veranstaltet eine Tagung, die Bosch-Stiftung hat einen „best practice-Club“ für die familienfreundlichsten Hochschulen und bei der Hertie-Stiftung können sich Hoch-

schulen für sehr viel Geld ein Gütesiegel als „familiengerechte Hochschule“ abholen.

Kinder mobilisieren aber in erster Linie nicht Politiker und Stifter, sondern ihre Eltern. An vielen Hochschulen haben sich Elterninitiativen gebildet, wie zum Beispiel die „akademische Elternvertretung“ in Köln. Ines Biesenack gehört zu den Initiatorinnen. Was bei den Geisteswissenschaftlern an ihrer Uni in Köln niemanden mehr aufregt, ein Kind auf dem Schoß der Mutter im Seminar, ist in ihrer Fakultät, bei den Juristen, noch gewöhnungsbedürftig. Ihre Initiative organisiert Eltern- und Kinder-Treffen, sie hat einen Aufenthaltsraum für Eltern mit Kindern in der Jura-Bibliothek durchgesetzt und

bei den Medizinern werden drei Hilfskräfte eingestellt, um sich um die Belange der Eltern-Studierende zu kümmern. Jetzt wollen sie eine Petition an den nordrhein-westfälischen Landtag richten, in der sie ihre Forderungen für einen familienfreundlichen Umbau der Hochschulen auflisten. Angeregt wurden sie dazu auf der „KIESEL“-Konferenz im vergangenen November in Leipzig. Gut 60 Eltern aus einem Dutzend Hochschulorten trafen sich dort. Ein Ergebnis sind zwei Petitionen, eine an den Bundestag und eine an den sächsischen Landtag. Darin sind die wesentlichen Punkte aufgelistet, um Hochschulen kinderfreundlich zu gestalten. Christian Keller ist die treibende Kraft in Leipzig. Er ist Sozialberater beim StudentInnenrat und gehört zu den InitiatorInnen der Zappelkiste, einer Einrichtung „von Eltern für Eltern“. Die können sich hier treffen, haben genug Platz, um sich auch mal zurück zu ziehen und es sind immer welche da, die auf die Kinder aufpassen – eine selbst organisierte Kurzzeitbetreuung. Das ist eines der ungelösten Betreuungsprobleme: Was tun, wenn abends um sechs noch eine Veranstaltung oder ein Arbeitsgruppentreffen ist?

Anwesenheitspflichten, Veranstaltungen in Zeiten, wenn die Kita längst geschlossen hat, das belastet Eltern besonders. Die Bologna-„Reform“ hat das Betreuungs-Problem verschärft. Eltern müssen ihr Studium strecken.

Ihre Studienzeiten sind fünf Wochenstunden kürzer als die des Durchschnitts-Studierenden. Deshalb fordern die Initiativen studierender Eltern, egal, ob in Leipzig, Chemnitz oder Köln: Die starre, familienfeindliche Umsetzung des Bologna-Prozesses muss flexibelisiert werden! Und sie fordern ein „Vorbelegungsrecht“ für Eltern: Morgens, wenn die Einschreibfrist beginnt, sind sie noch beim Wickeln und Füttern, während die anderen schon an der Uni sind, um sich als erste einzuschreiben. Und wenn sie dann eine Veranstaltung zugelost bekommen, die gar nicht in den Rhythmus ihres Kindes passt, sind sie die Dummen.

Kürzlich kam der Rektor zu einer der zahlreichen Diskussionsabende der Elterninitiative an der Leipziger Uni. Da wurde er auf die vielen organisatorischen Hürden hingewiesen. Es gehe doch nur um ein paar hundert Studierende, meinte dieser. Deshalb werde man doch nicht die Studienordnung ändern. Ein anderer Geist herrscht im Studentenwerk. In der Mensa gibt es kostenlose Kinderteller, eine extra Speisekarte für Kinder, eine Krabbelcke.

Das Hauptthema in seinen Beratungssprechstunden ist gar nicht die Betreuung, weiß Christian Keller. Es sind die Finanzen. Wie bekomme ich Eltern- und Kindergeld, welchen Zusatzanspruch habe ich beim BAföG? Wenn jemand seine Eltern zu Großeltern macht, dann freuen die sich zwar in der Regel, wollen dann aber nicht gleich eine ganze neue Familie finanzieren. Deshalb ist für studierende Eltern die Forderung nach elternunabhängigem BAföG besonders wichtig.

Marco Unger studiert – mit Kind – an der Uni Chemnitz. Die hat sich von der Hertiestiftung als familienfreundlich zertifizieren lassen. Marco hat für den StudentInnenrat am Audit-Verfahren teilgenommen, das der Zertifizierung voraus geht. Er war skeptisch: solche Zertifikate produzieren Alibis. Nun, nach drei Jahren, denkt er, dass einiges erreicht wurde, etwa bei der Flexibilisierung der Studiengänge und bei der Kinderbetreuung. Offen bleibt eine der wichtigsten Forderungen: Die Möglichkeit des Teilstudiums. Dabei wäre sie nicht nur für Eltern wichtig. Manche Studierenden betreiben pflegebedürftige Eltern und Verwandte – auch sie sind zeitlich stark eingebunden, ganz abgesehen von den „ganz normalen“ Studierenden, die für ihren Lebensunterhalt arbeiten müssen. Beim BAföG, bei der Krankenkasse, überall stoßen sie auf Probleme, brauchen erst einmal Beratung und flexible Lösungen. Das will Marco Unger nun bei der Reakkreditierung einbringen, und er ist optimistisch, dass die Studierenden auch gehört werden.

Karl-Heinz Heinemann, freier Journalist



Sarah Wöhler, Hochschule Mannheim, aus dem 21. Plakatwettbewerb des Deutschen Studentenwerks „Kinder? Kinder!“



Bachelor als
Burnout-Beschleuniger?

Gastbeitrag des Generalsekretärs des Deutschen Studentenwerks

Bachelor unter Druck?

Auf der Suche nach schneller und gezielter Hilfe nehmen Studierende immer häufiger professionelle Angebote in Anspruch. Die Beratungsstellen der Studentenwerke meldeten für das Jahr 2008 eine deutlich höhere Nachfrage. Die Sozialberatungsstellen zählten 72.000 Einzelgespräche; das ist ein Anstieg von 27 Prozent gegenüber dem Jahr 2007. Eine ähnliche Entwicklung zeigt die psychologische Beratung der Studentenwerke: In rund 80.000 Einzelgesprächen suchten 2008 mehr als 20.000 Studierende professionelle Beratung auf – eine Zunahme von 20 Prozent.

Früher spät, heute früh

Wenngleich Bachelor/Master nicht als alleinige und direkte Ursache herausgestellt werden können, bestätigen die Beraterinnen und Berater der Studentenwerke einen deutlich erkennbaren Wandel im Studierverhalten: Das vormals häufige Problem des Aufschiebens ist heute selten geworden. Deutlich häufiger kommen die Studierenden schon in den ersten Semestern in die Beratung. Anlass sind neben den traditionellen Themen wie depressive Verstimmung, Identitäts- und Selbstwertprobleme und Ängsten nicht

mehr Studienabschlussprobleme wie früher – es sind Lern- und Arbeitsstörungen, Leistungsprobleme, Prüfungsangst, Arbeitsorganisation und Zeitmanagement. Manche wollen vorbeugen, viele benötigen bereits Intervention.

Druck für den einen, Stress für den anderen

Die Intensität des Drucks, den Studierende in dem neuen Studiensystem empfinden, kann individuell sehr variieren. Was für die einen angenehme hilfreiche Strukturen sind, empfinden andere als Stress. Im Fokus dieser subjektiven Belastung stehen die Elemente der Leistungserbringung im Bachelor/Master-System – hohe Prüfungsfrequenz und Präsenzpflcht. Hinzu kommt der gesellschaftliche Erwartungsdruck in Richtung des Idealstudenten mit besten Noten, kurzer Studiendauer, Auslandsaufenthalt, berufspraktischen Erfahrungen und sozialem Engagement. Ein Bild, dem viele Studierende gerecht werden wollen, was mit der subjektiven Belastung durch das Studium kumulieren kann. Der Studierendenforscher Tino Bargel bringt es auf den Punkt: „Die gegenwärtigen Studierenden haben mehr Druck, fühlen mehr Druck und machen sich selbst mehr Druck“.

Es kommen die Guten

Das bestätigt auch die Beratungspraxis der Studentenwerke: Es sind häufig die besonders motivierten, leistungsorientierten Studierenden, die in die Beratungsstellen kommen. Und auch objektive Belastungsfaktoren können den Druck erhöhen – unsichere Studienfinanzierung, damit einhergehend die Notwendigkeit des Jobbens oder ein Studium mit Kind.

Studentenwerke: Prävention statt Krisenintervention

Die gestiegene Inanspruchnahme von Beratungsangeboten ist keine kurzfristige Welle, der Trend deutet vielmehr auf ein gleich bleibend hohes Niveau hin. Das liegt auch daran, dass die Beratungsstellen der Studentenwerke einen festen und selbstverständlichen Platz in der Hochschullandschaft eingenommen haben. Besonders niederschwellig sind die auf Prävention abzielenden neuen Angebote wie Rhetorik, Präsentations- und Entspannungskurse, Gehirntraining, Life-Work-Balance-Workshops und vieles mehr. Sie machen regelrecht Lust, die Beratungsstellen aufzusuchen – schon bevor es zur Krise kommt.

Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks

Alle reden vom Workload

Wenn der Bachelor auf die Nerven geht

In der erhöhten Nachfrage psychosozialer Angebote durch Studierende und in Statistiken zum spezifischen Gebrauch rezeptpflichtiger Medikamente zeichnet sich eine böse Ahnung ab. Salopp gesagt: Der Bachelor geht auf die Nerven.

Anspruch und Wirklichkeit klaffen im Bologna-Prozess weit auseinander. Zwar wurde die soziale Dimension hier als ein wesentlicher Bestandteil der Studienreform vereinbart, aber die derzeitige Wirklichkeit scheint diesen Anspruch Lügen zu strafen: Wo Studiengänge krank machen, kann von sozialer Dimension kaum mehr die Rede sein. Auch die meisten Hochschulen und Ministerien räumen mittlerweile ein, dass in vielen Stundenplänen noch ein wenig Entrümpelung notwendig sei. Am sogenannten „Workload“ müsse eben noch etwas nachjustiert werden.

Stundenplankorsett

Nicht allein die Überfüllung von Stundenplänen ist es, die für viele Studierende zur Belastung wird. Es sind vor allem Stundenplankorsette, in denen Zeit größtenteils fremd organisiert wird. Es ist ein Unter-

schied, ob Studierende über ihre Zeit nach eigenem Interesse verfügen oder in einem festgeschnürten Stundenplankorsett Module abarbeiten müssen. So wie im einen Fall die Luft zum lebendigen Lernen und Zeit für schöpferische Mühe als eine Grundbedingung von qualitativen Lernprozessen bleibt, so steht dem im anderen Fall enteignete Zeit gegenüber. Genau deshalb hat die Frage von Arbeitszeit und Arbeitsbelastung nicht nur eine quantitative, sondern auch eine qualitative Seite. Belastung lässt sich in dem Sinne nicht nur mit der Uhr messen.

Enteignete Zeit

Die gängige Diskussion um Workload trifft einen richtigen Punkt und geht doch am Problem vorbei. Jener Punkt, der in diesem Zusammenhang getroffen wird, ist die Anpassung von Studiengängen an ein realistisches Arbeitspensum. Dies wird darüber versucht, dass so gut wie jeder Veranstaltung ein fixer Wert einer durchschnittlichen Arbeitszeit zugeteilt ist. Die Frage nach einer frei verfügbaren Arbeitszeit stellt sich hier gar nicht mehr. Es ist als ob die „grauen Herren“ aus Michael Endes Roman Momo Buch über die Zeit führten.

In der Annahme, dass man lediglich hier und da noch ein wenig planerisch „nachsteuern“ müsse, wird die Problematik des aufgezwungenen Zeitregimes nicht verhandelt, sondern geradewegs übersehen. Eine solche Bewegungslosigkeit mag auch ihren Grund haben: so etwa die in Deutschland übliche Einführung des sogenannten Bologna-Prozesses auf Studienstrukturreform, die eine qualitative Studienreform permanent verhindert.

Modell Stechuhr?

Scheinbar als ergänzende Bestandteile einer entsprechenden Zeitverplanung erhalten an den Hochschulen Kontrollregelungen Einzug, die vor einigen Jahren noch befremdend gewirkt hätten: So zum Beispiel die Einführung von rigideren Formen der Anwesenheitskontrolle oder bürokratische Regelung der Seminaranmeldung und Teilnahmebeschränkung. Beinahe würde es ins Bild passen, wenn als Nächstes noch die Stechuhr im Hörsaal ihren Platz fände. Sie scheint für das gängige Zeitregime ohnehin bereits das Modell zu sein. Was sich damit in der Hochschule Geltung verschaffen will, ist in der Wirtschaft selbst unlängst überholt. Die damit ver-

bundene Trennung in fremdbestimmte und streng reglementierte Arbeitszeit und Freizeit als arbeitsfreie, vom Konsum bestimmte Zeit ist eine, mit der Fließbandproduktion durchgesetzt wurde, aber keine, die schöpferische Lernprozesse ermöglicht. Eben damit werden jedoch bereits Widersprüchlichkeiten der gegenwärtigen Entwicklungen deutlich. Dass es „so weiter“ geht, wird unter gegenwärtigen Bedingungen zur Katastrophe, so ließen sich die Befunde der Belastung von Studierenden mit Walter Benjamin kommentieren. Wo ein überholtes Modell der Verfügung über Zeit an seine Grenzen stößt, ist nicht Perspektivlosigkeit angesagt, sondern die Auslotung möglicher Veränderungen. Es ist das Modell der Verfügung über lebendige Arbeitszeit, das in der Hochschule wie auch in der Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen gerade neu austariert wird. Als wesentliche Frage stellt sich daher die nach der gesellschaftlichen Verfügung über Arbeitszeit. Die Antwort auf solche Probleme kann daher nicht nur Studienreform lauten.

Sven Lehmann,
GEW Landesausschuss der
Studierenden Baden-Württemberg



„Endstation Bologna?
Zehn Jahre Europäischer
Hochschulraum“
Publikation kann bestellt werden unter
info@gew.de, Preis 29,90 €,
für GEW-Mitglieder 25,42 €

„Der Bologna-Prozess zwischen
Anspruch und Wirklichkeit“
Expertise der Max-Traeger-Stiftung
Die Broschüre kann bestellt werden
unter broschueren@gew.de

Die Bildungsgewerkschaft GEW ist auch für Studierende da

Die Studierenden-GEWerkenschaft

Ich werde immer wieder von Studierenden gefragt, wieso sie in eine Gewerkschaft eintreten sollen, wenn sie noch studieren. Ich antworte dann, dass es nicht nur

eine Schlüsselversicherung mit der GEW-Mitgliedschaft gibt, sondern auch einen Rechtsschutz, der Studierenden beim Streit mit dem BAFöG- oder Prüfungsamt hilft.

Darüberhinaus bieten wir Schulungen und Seminare für Studierende an, die sich in der studentischen Selbstverwaltung aktiv engagieren und Veranstaltungen zu besonderen Problemen von Studentinnen und Studenten, wie z.B. BAFöG, Studiengängen, Veränderungen durch die Bachelor- und Masterstudiengängen, studentische „Hilfskräfte“ und Promotionsbedingungen. Die GEW hat viele Mitglieder in den Hochschulen und Ansprechpartner vor Ort, die die Studierenden unterstützen und sich gemeinsam mit ihnen für die zentralen Positionen einsetzen. Als Studierender bist du sehr oft darauf angewiesen, dir neben dem Studium etwas hinzu zu verdienen, sei es direkt an der Hochschule oder Forschungseinrichtung oder aber in den klassischen Studi-Jobs. Als GewerkschafterIn hast du die Möglichkeit, aktiv mit

anderen mit dir für gute Arbeitsbedingungen zu streiten. Die GEW-Mitglieder in den Personalräten sorgen dafür, dass du gute Bedingungen vorfindest und – das steht bald wieder an – kämpfen darum, dass du einen fairen Lohn bekommst. Und natürlich wissen GEW-Mitglieder immer über die Mitgliederzeitungen und Newsletter auch gut Bescheid über aktuelle bildungs- und hochschulpolitische Themen.

Selbst aktiv werden

Wenn du jetzt als Erstsemester, aber auch als Studierender in einem höheren Semester denkst, dass du selbst etwas an der Hochschule bewegen möchtest, kannst du an vielen Hochschulen an einem Treffen der GEW-Hochschulgruppe teilnehmen. Du kannst dort unverbindlich reinschnuppern und bist immer willkommen an Diskussionen und Aktionen teilzunehmen. Aber auch direkt an der Hochschule kannst du dich engagieren, indem du dich zum Beispiel in den Fachschaftsrat oder in andere Gremien deiner Hochschule wählen

10 gute Gründe für die Gewerkschaft:

1. Klartext reden
2. Solidarität erleben
3. Bescheid wissen
4. Recht bekommen
5. Wege finden
6. Tarifverträge erkämpfen
7. Probleme lösen
8. Weiter blicken
9. Aktionen starten
10. Team bereichern

lässt. So kannst du dich mit anderen Studierenden für eure Interessen einsetzen. Auch hierbei unterstützen wir dich. Wir haben immer die neuesten Informationen zu allen hochschulpolitischen Themen und bieten hierzu spezielle Seminare an.

Wir sind überall

Wenn du jetzt denkst „wie soll ich das nur schaffen?“, probier es doch einfach mal aus; lerne neue Leute kennen, finde Freunde und habe Spaß am Engagement! Die Kontaktdaten findest du unten auf dieser Seite.

Marco Unger,
studiert Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft an der TU Chemnitz, Sprecher des
GEW-Bundesausschusses der Studierenden



Foto: GEW

Wintersemester 2010/2011

GEW Seminare für Studentinnen und Studenten

Die Seminare richten sich an Studierende, die die GEW kennen lernen und an diejenigen, die sich für ihre hochschulpolitische Arbeit schulen wollen sowie an Kolleginnen und Kollegen, die sich in der GEW-Studierendenarbeit engagieren.

Den Anspruch auf BAFöG nutzen. Ein sozialpolitisches Grundseminar für BAFöG-BeraterInnen und SozialreferentInnen

4. – 7. November 2010 Würzburg
Das Seminar informiert zur Ausbildungsförderung/Sozialrecht und ihren gesetzlichen Grundlagen. Anhand konkreter Fälle aus der BAFöG-Beratung und der allgemeinen Sozialberatung wird in parallelen Gruppen dazu geschult. Behandelt wird ebenfalls die Einbindung der Sozialberatung in die AStA-Arbeit und die Anforderungen an ein Beratungsgespräch.

Von A wie Arbeitserlaubnis bis Z wie Zulassung
Zur Beratung ausländischer Studierender
28. – 30.1.2011 N.N.

Das Seminar schult die AusländerreferentInnen für die Beratung ausländischer Studierender. Eingegangen wird auf die aufenthalts- und arbeitserlaubnisrechtliche Situation ausländischer Studierender, auf Zulassungsregelungen und Anerkennungen ebenso wie u.a. auf

rechtliche Aspekte der Studienfinanzierung.

Das Bildungs- und Förderungswerk der GEW übernimmt die Kosten für Unterkunft, Verpflegung und für An- und Abreise (DB 2. Kl., abzügl. 10 % Rabatt). Es wird eine Teilnahmegebühr von 75.- € erhoben. Informationen bei: Brigitte Eschenbach, Hauptvorstand der GEW, Tel. 069/78973-313, brigitte.eschenbach@gew.de



Mitglied werden, aktiv werden

Studentische Mitglieder der GEW zahlen einen regulären monatlichen Beitrag von 2,50 € – in einigen Bundesländern gibt es das Angebot der beitragsfreien Mitgliedschaft während des Studiums und Referendariats. In deinem Landesverband findest du Ansprechpartner für Fragen zum Beitritt oder zur Mitarbeit an Aktionen und in Gremien der GEW. Eine Liste zur Kontaktaufnahme zu den aktiven GEW-Studierenden in deinem Bundesland findest du unten auf dieser Seite.

Impressum

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung
und Wissenschaft
Hauptvorstand,
Postfach 900409
60444 Frankfurt/M.
Tel.: 069/78973-0
Fax.: 069/78973-201
Email: info@gew.de
Internet: www.gew.de

Redaktion:
Dr. Andreas Keller (verantwortlich),
Brigitte Eschenbach, Ana Orias
Balderas, Sven Lehmann, Marco Unger

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Hedderheimer Landstraße 144,
60439 Frankfurt

Druck: apm AG, Darmstadt

Oktober 2010

Kontakt zu den GEW-Studis in deinem Bundesland

LASS Baden-Württemberg
lass@gew-bw.de
www.gew-bw.de/Studium_4.html

LASS Bayern
info@gew-bayern.de

LASS Berlin
lass@gew-berlin.de
www.gew-berlin.de/lass.htm

LASS Brandenburg
lass@studiberatung-potsdam.de
www.studiberatung-potsdam.de

LASS Bremen
gewstudishb.blogspot.com

LASS Hamburg
studis@gew-hamburg.de
www.gewstudis.blogspot.de

LASS Hessen
studierende@gew-hessen.de

LASS Mecklenburg-Vorpommern
(über den Landesvorstand)
landesverband@mvp.gew.de
www.gew-mv.de

LASS Niedersachsen
lass@gew-nds.de
www.gew-niedersachsen.de/lass

LASS Nordrhein-Westfalen
lass.nrw@gmx.de
www.gew-nrw.de

LASS Rheinland-Pfalz
lass@gew-rlp.de

LASS Saarland
jungegew@gew-saarland.de
www.junge-gew-saarland.de

LASS Sachsen
lass@gew-sachsen.de

LASS Sachsen-Anhalt
lass@gew-lsa.de

LASS Schleswig-Holstein
info@gew-hsg.uni-kiel.de
www.gew-hsg.uni-kiel.de

LASS Thüringen
lass@gew-thueringen.de
www.gew-thueringen.de/Studierende_LASS.html